

Nach 1990 errang die PDS wachsende Wahlerfolge: Auf Europa-, Bundes- und Landesebene, aber auch in vielen ostdeutschen Kommunen – Siege in Serie. Vor der Bundestagswahl 2002 hatte PDS-Chefin Zimmer vollmundig die Ziele ihrer Partei formuliert: Die PDS wolle zur stärksten Kraft im Osten avancieren, bundesweit acht bis neun Prozent eringen, im Westen mindestens zwei Prozent der Zweitstimmen gewinnen und 2004 in Sachsen den Ministerpräsidenten stellen. PDS-Geschäftsführer Bartsch ergänzte, für die Bundestagswahl 2002 sei auch auf Bundesebene eine Koalition von SPD und PDS keinesfalls auszuschließen. Im Kontrast dazu verlor die Partei am 22. September 2002 rund 600 000 Stimmen beziehungsweise 1,1 Prozent-Punkte – die große Mehrzahl der früheren PDS-Wähler ging zur SPD (rund 300 000) oder ins Nichtwähler-Lager (rund 260 000). Bei der Bundestagswahl 2002 stürzte die PDS aus dem Luftreich der Träume und landete auf dem Boden der Tatsachen; nach ihrem rasanten, fast bruchlosen Aufstieg aus den Trümmern der DDR folgte für die PDS ein herber Absturz. Nun zielt die PDS darauf, 2004 bei den Europa- sowie ostdeutschen Landtagswahlen an alte Erfolge anzuknüpfen.

Durch das Scheitern der PDS an der Fünf-Prozent-Hürde ist der gegenwärtige Bundestag der Erste seit 1990, in dem weder eine PDS-Gruppe noch eine PDS-Fraktion tätig ist. Damit gewinnt die Parteienlandschaft an Übersichtlichkeit – mit vier Fraktionen im Bundestag wie vor der

Wiedervereinigung. Der PDS misslang es im September 2002, neben ihren Stammwählern eine hinreichende Zahl an Wechselwählern für sich zu mobilisieren. Zu den zentralen Ursachen für die Abkehr von der PDS gehörten Schröders medien- und öffentlichkeitswirksame Auftritte an den Deichen, die polarisierenden Fernsehduelle zwischen Stoiber und Schröder, das spannende Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU/CSU und SPD sowie Schröders populistische Positionierung in der Irakdebatte. Die politische Großwetterlage verdrängte kampagnefähige Themen der PDS, insbesondere Themen wie Pazifismus, Ost-West-Unterschiede, Arbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit und „Sozialabbau“. Mit anderen Worten: Die Partei Gysi und Biskys scheiterte 2002 mehr aus konjunkturellen, weniger aus strukturellen Gründen.

Wesentlich neben politischen Inhalten: Nach dem Rückzug von Gysi und Bisky schrumpfte die personelle Bindekraft der PDS. 1998 schätzte noch gut jeder zweite Ostdeutsche die Fähigkeiten der PDS-Führung, vier Jahre später nur noch jeder dritte. Damit sank die Mobilisierungskraft der PDS. Gerade die damalige PDS-Chefin Zimmer gehört zu den Politikern, denen es sowohl an Charme mangelt als auch an Charisma. In den Bundestagswahlkampf zog die Partei mit gleich vier wenig medienwirksamen Spitzenkandidaten (Zimmer, Bartsch, Claus und Pau) ein – vier PDS-Politiker, die sich primär gegenseitig bekämpften statt politische Lösungsvorschläge zu präsentieren und

politische Gegner zu entlarven. Laut Infratest dimap verfügten die vier Spitzenkandidaten der PDS zusammen über denselben Bekanntheitsgrad wie Gysi allein, aber ohne dessen Medienkompetenz. Selbst im eigenen Lager erreichte PDS-Chefin Zimmer eine prozentual schlechtere Bewertung als Schröder, Stoiber, Fischer und Westerwelle in ihrer jeweiligen Mitgliedschaft. Der PDS-Führung mangelte es also auch an personeller Wettbewerbsfähigkeit.

Inzwischen ist mit Bisky, dem engen Mitstreiter Gysis, ein Medienprofi an die Parteispitze zurückgekehrt, der an der Hochschule für Film und Fernsehen Babelsberg gelehrt hat. Bisky, der Integrations-Opä, wie er in der PDS heißt, soll jetzt die Geschlossenheit und Kampagnefähigkeit der Partei fördern. Wie Bisky gestrickt ist zeigt sich, wenn er nun die Niederschlagung des 17. Juni 1953 kritisiert, zugleich aber Ulbricht als großen Staatsmann lobt. Bisky kennzeichnet eine große Wendigkeit. Einerseits kooperierte er eng mit der Stasi, andererseits agierte er nach 1990 als Vorsitzender des Stolpe-Untersuchungsausschusses im Landtag von Brandenburg. Ein Bock als Gärtner? Stolpe amtiert mittlerweile als Bundesminister, Bisky als PDS-Bundesvorsitzender und Chef der PDS-Fraktion im Landtag von Brandenburg. Stolpe und Bisky gehören nach wie vor zu den Privilegierten.

Noch sind weder Bisky noch die PDS am Ende. Bei der Bundestagswahl 2002 errang sie immerhin zwei Direktmandate. Die Partei war damit nur ein Direktmandat davon entfernt, wie 1994 als Gruppe mit einem Zweitstimmenanteil von vier Prozent in den Bundestag einzuziehen. Nur ein PDS-Mandat mehr – und eine rot-grüne oder schwarz-gelbe Mehrheit wäre wohl unmöglich gewesen. Gerade ein hauchdünner Vorsprung zwischen dem ersten und zweiten Wahlsieger kann einen Beitrag leisten, die Bedeutung kleinerer, „dritter“ Parteien wie der

PDS zu erhöhen. Zwar mutierte die „Vorhut der Arbeiterklasse“ bei der Bundestagswahl 2002 zur „Nachhut mit zwei Abgeordneten“, doch die PDS bleibt eine relevante Kraft, vor allem in sechs Landtagen und zwei Landesregierungen (und damit auch im Bundesrat). Hinzu kommt, dass in beiden Landesregierungen jeweils ein PDS-Politiker als stellvertretender Ministerpräsident amtiert. Auch überwand die PDS 1999 bei der Europawahl erstmals die Fünf-Prozent-Hürde. Kurzum, im extremistischen Spektrum ist die PDS die klar stärkste Partei.

Vorteil für die PDS, den Investorenschreck: Stärker als andere extremistische Parteien verfügt sie nach wie vor über ein Potenzial, das es ihr erlaubt, unter günstigen Umständen auch auf Bundesebene wieder zu wachsen. Immer noch agiert sie auf einem Fundament, das sich verbreitern und festigen lässt. Inzwischen rangiert die PDS im Osten demoskopisch wieder vor der SPD. Biskys Partei meint deshalb Morgenluft zu wittern.

Verwurzelung im Kommunismus

Ein Requiem für die PDS käme derzeit verfrüht. Unter anderem deshalb, weil die PDS in vielen ostdeutschen Kommunen immer noch breiter und tiefer verwurzelt ist als jede andere Partei. Nach wie vor ist die PDS die mitgliederstärkste Partei in den jungen Ländern. In allen jungen Bundesländern (außer Berlin) hat sie wesentlich mehr Mitglieder als die SPD; in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg auch mehr als die CDU. Keine Partei ist in weiten Teilen des Ostens vor Ort so präsent wie die PDS; keine verfügt über so viele geschulte, politisch erfahrene, aktive Mitglieder – zur SPD hingegen gehörten etwa im einst „roten“ Sachsen Ende 1945 bereits wieder über 220 000 Mitglieder, heute sind es im gesamten Freistaat rund 5000.

Auch die aktuelle Zusammensetzung der Landtage zeigt: In drei Bundeslän-

dern – in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt – rangiert die PDS in der Skala der stärksten Parteien auf Platz zwei, mehr oder minder deutlich hinter der CDU und vor der SPD. In Sachsen zum Beispiel errang die PDS bei der letzten Landtagswahl 22,4 Prozent, die SPD hingegen kaum die Hälfte, nur 10,7 Prozent – das schlechteste SPD-Wahlergebnis oberhalb der kommunalen Ebene seit 1949. Die wachsende Entchristianisierung mehrt die Chancen der PDS, deren Wähler fast alle konfessionslos sind.

Allerdings ist die PDS mit der SPD die einzige relevante deutsche Partei, die seit 1990 kontinuierlich – von jedem Jahr zum nächsten – per saldo Mitglieder einbüßte, wie Oskar Niedermayer gezeigt hat (*Zeitschrift zu Parlamentsfragen* 2/2003). Keine Partei verlor seither prozentual so viele Mitglieder wie die PDS. Bei der PDS beliefen sich die Mitglieder-Verluste stets über vier Prozent, bei der SPD stets unter vier Prozent. Bis 1993 verlor die PDS sogar in zweistelliger Prozenzhöhe Mitglieder. Der Mitgliederschwund verringert sich also bei der PDS immerhin. Doch nach wie vor gibt es in Deutschland keine relevante Partei mit auch nur annähernd so vielen älteren Mitgliedern (über 65 Prozent über 61 Jahre alt) und einem so hohen Frauenanteil (rund 45 Prozent).

Die eigene Geschichte

Die PDS versagt davor, die eigene Geschichte glaubhaft zu durchleuchten. Dazu gehört Ulbrichts Kritik an der SPD, als diese 1939 die britisch-französische Kriegserklärung an Hitler unterstützte. Ulbricht erklärte den britischen Imperialismus für gefährlicher als den deutschen, rechtfertigte den Hitler-Stalin-Pakt und lobte Hitler, weil dieser sich weigerte, „als Werkzeug Englands den Krieg gegen die Sowjetunion zu führen“. Auf Grund dessen nannte der englische Sozialist Victor Gollancz die Moskauer KPD-Führung „objektiv pronazistisch“, wie Karl Diet-

rich Erdmann darlegte. Allerdings ließ Hitler viele deutsche Kommunisten ermorden – fast so viele wie Stalin.

Das Parteibild in Umfragen

Zu den zentralen Zielen der PDS gehört es, einen „behutsamen Imagewechsel“ einzuleiten, wie der PDS-Politiker Roland Claus formuliert. Seine Partei kann sich inzwischen über ein relativ gutes Image in der Bevölkerung freuen; ein gutes Image auch jenseits der eigenen Wähler; ein Image, das sich seit 1990 per saldo bessert. So befinden 68 Prozent der Ostdeutschen, die PDS sei eine normale demokratische Partei. Zugleich erklären 63 Prozent der Ostdeutschen, die PDS sei im Kern kommunistisch. Die Mehrheit der Ostdeutschen hält also Demokratie und Kommunismus für kompatibel.

58 Prozent der Bürger in den jungen Ländern meinen auch, die PDS arbeite von allen Parteien am überzeugendsten für die Interessen der Ostdeutschen. Selbst fünfzig Prozent der CDU-Wähler teilen diese Einschätzung. Die Aussage, nur die PDS vertrete wirklich ostdeutsche Interessen, unterstützen 1994 rund 31 Prozent der Ostdeutschen, 2001 rund 38 Prozent. Interessant ist die Einschätzung zu dem Fernseh-Star Gysi: Siebzig Prozent der Ostdeutschen finden ihn sympathisch, dreizehn Prozent unsympathisch (Allensbach, 7008, Juni/Juli 2001). Für Vera Lengsfeld gründet die verbreitete Begeisterung für Gysi auf „entschlossener Oberflächlichkeit“.

Über 50 Prozent der Ostdeutschen meinen allerdings auch, die PDS mache viele Versprechungen, die sie niemals halten könne. Die große Mehrheit der ostdeutschen Wähler hält die PDS für außer Stande, Probleme zu lösen – als nennenswert kompetent gilt die PDS lediglich bei den Themen „Vertretung ostdeutscher Interessen“ und, zunehmend seit 1999, „soziale Gerechtigkeit“. Die PDS ist in der Wahrnehmung ihrer Sympathisanten

also fast eine „single-issue“-Partei. Zwar bewertet die große Mehrheit der Ostdeutschen die Wiedervereinigung positiv. Selbst die Mehrheit der PDS-Anhänger (54 Prozent) findet die deutsche Einheit erfreulich. 94 Prozent der Ostdeutschen möchte auf die „Freiheiten in einer Demokratie [...] trotz aller Probleme der Vereinigung nicht verzichten“.

Doch während 75 Prozent der Westdeutschen die Demokratie für die beste Staatsform halten, teilen diese Einschätzung nur 32 Prozent der Ostdeutschen und nur zwölf Prozent der PDS-Anhänger. Umgekehrt meinen dreißig Prozent der Ostdeutschen und 51 Prozent der PDS-Anhänger, es gebe eine bessere Staatsform als die Demokratie. 73 Prozent der Westdeutschen, aber nur 42 Prozent der Ostdeutschen und 24 Prozent der PDS-Anhänger erklären zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung, die bundesdeutsche Gesellschaftsordnung sei es wert, verteidigt zu werden. „Begeisterung ist keine Heringware, die sich einpökeln lässt für einige Jahre“, bemerkte bereits Goethe.

68 Prozent der Ostdeutschen befürworten – auf Landesebene – Koalitionen zwischen SPD und PDS; immerhin noch 55 Prozent der Ostdeutschen halten solche Koalitionen auch im Bund für in Ordnung. Gestiegen ist der Anteil jener Ostdeutschen, die meinen, die anderen Parteien sollten eventuell mit der PDS kooperieren: 1992 waren es noch 61 Prozent, 2001 schon 66 Prozent. Ein besonders fruchtbares Feld für die PDS: In Ostdeutschland sinkt das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft. 76 Prozent der Ostdeutschen haben wenig Vertrauen in Privateigentum und Privatinitiative; deutlich mehr als die Westdeutschen glauben sie an staatlichen Dirigismus, wie ihn vor allem die PDS propagiert.

Zahlreiche Ostdeutsche haben – nach vierzig Jahren DDR, nach vierzig Jahren Indoktrinierung und „Rotlichtbestrah-

lung“ – einen anderen Freiheits-Begriff als die Westdeutschen. In der ehemaligen DDR ist die Zahl derer viel größer, die unter Freiheit vor allem Freiheit von sozialer Not verstehen und eine solche Freiheit für vorrangig halten. Die Westdeutschen hingegen halten die politischen Freiheiten für wichtiger, als es die Ostdeutschen tun, also zum Beispiel die Freiheit, zwischen mehreren Parteien zu wählen. Das Freiheitsverständnis vieler Ostdeutscher ähnelt dem Freiheitsverständnis der PDS, bei der – in kommunistischer Tradition – wirtschaftlich-soziale Gleichheit vor politischen Freiheiten rangiert.

Die Aussage „Manchmal wünsche ich mir die alte Zeit zurück“ unterstützt nur ein gutes Viertel der Ostdeutschen (PDS-Wähler: 45 Prozent), 71 Prozent widersprechen ihr. Bei der Bewertung der DDR unterscheiden die Bürger in Ostdeutschland klar zwischen der staatlichen Ebene, die sie massiv kritisieren, und der individuellen Ebene: Im Privatleben sei, so betonen achtzig Prozent der Befragten, ein Leben in Würde und Anstand möglich gewesen. Hier sind Politiker der verfassungstreuen Parteien gut beraten, ebenfalls zwischen beiden Ebenen zu differenzieren und der PDS möglichst keine Angriffsflächen zu bieten. Denn gerne entgegen die Partei jenen, die sich kritisch über die DDR äußern, solche Kritik richte sich angeblich gegen „die“ gelernten DDR-Bürger.

Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten

Die öffentliche Debatte über die politischen Inhalte der PDS kratzt meist nur an der Oberfläche. Weitgehend unbehelligt kann die Partei die eigenen Behauptungen und Forderungen absondern. Zwar bekennt sich die PDS zur freiheitlichen Demokratie und fordert sogar die „Demokratisierung der Demokratie“, doch auf internationaler Ebene pflegt sie intensive Kontakte vor allem zu stramm kommu-

nistischen Parteien. Auch distanziert sich die PDS oft nur unzureichend von Zeitgenossen, die – wie Vertreter der „Nie-wieder-Deutschland“-Fraktion – das staatliche Gewaltmonopol brechen (wollen). Um die DDR zu legitimieren, äußert die PDS, die zweite deutsche Diktatur sei völkerrechtlich anerkannt gewesen. Doch wie viele Diktaturen genießen die Legitimation der UN? Zwar erklärt die PDS trickreich, auf dem Boden des Grundgesetzes zu agieren. Doch akzeptiert sie es damit? In den Verfassungsschutzberichten des Bundes und der meisten Länder finden sich zahlreiche PDS-Zitate und andere Informationen, die den extremistischen Charakter der Partei verdeutlichen.

Neben vielen rüden Äußerungen finden sich in der PDS-Sprache inzwischen allerdings auch viele weithin positiv konnotierte Formulierungen. Was früher Enteignung hieß, nennt die Partei heute „Demokratisierung“; das „Kollektiv“ avanciert zur „Gemeinschaft“; der einstige „Klassenkampf“ mutiert zum Bemühen um „soziale Gerechtigkeit“ – klingt ja auch viel freundlicher. Bereits die SED versuchte, mit sprachlichen Mitteln die Wirklichkeit zu verändern oder gar auf den Kopf zu stellen: Es begann mit den angeblich „antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen“; es folgte der Begriff Deutsche Demokratische Republik (DDR); dann kam der „antifaschistische Schutzwall“ – doch die Maschinengewehre zielten nach innen, auf die eigenen Bürger. Stasi-Spitzel bezeichnete die SED lieber als „Kundschafter des Friedens“.

Die PDS verbindet ein „Ressentiment gegen den Westen mit einem Sentiment für die ... DDR“ (Peter Graf Kielmansegg). Sie profitiert vor allem von mentalen, aber – damit oft verbunden – auch materiellen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland, zum Beispiel dem West-Ost-Gefälle der Gehälter und Ost-West-Gefälle der Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst. Doch steckt die PDS „in ei-

nem Dilemma. Sie muss als Anwalt Ostdeutschlands gegen den Westen auftreten und kann doch den Erfolg dieser Anwaltschaft, die Einebnung des West-Ost-Gefälles, nicht wirklich wünschen. In dem Maße, in dem der Osten seinen wirtschaftlichen Rückstand aufholt, verliert die PDS ihr Mandat, und ob sie ein neues findet, ist ungewiss“ (Peter Graf Kielmansegg).

Parteiprogramm als Weichspüler

Seit kurzem verfügt die PDS über ein neues Parteiprogramm. Es dient als Weichspüler der PDS-Inhalte. Die SED-geschulten PDS-Dialektiker beweisen erneut ihr Können. Eine Mogelpackung erster Klasse. Zwar erntet das neue Programm ein relativ positives Medienecho – vielleicht auch deshalb, weil kaum jemand den schwer lesbaren Text richtig gelesen hat. Ohnehin: Wer liest schon Parteiprogramme? Doch wie die PDS nach wie vor gestrickt ist, zeigt bereits ein Satz auf Seite eins des neuen Programms: „Die USA-Regierung verfolgt mit ihrer imperialistischen Politik, mit politischer und wirtschaftlicher Erpressung und mit Aggressionskriegen das geostrategische Ziel einer weltweiten Vorherrschaft.“

An anderer Stelle ihres neuen Programms unterstellt die PDS, die USA führten „Angriffskriege“. Darin sieht die PDS eine zentrale Ursache des islamistischen Terrors. „So was kommt von so was“, hatten Teile der PDS noch direkt nach den kriegerischen Anschlägen des 11. September 2001 formuliert. Damals distanzierte sich die PDS-Führung noch von dieser PDS-Äußerung. Den Krieg gegen das diktatorische Regime in Afghanistan, gegen den Terror qualifiziert die PDS nun als „Überfall“. Die PDS wendet sich erneut gegen Einsätze der Bundeswehr bei UN-Einsätzen und will die NATO abschaffen. Allerdings: Militäreinsätze unter UNO-Mandat ohne deutsche Beteiligung billigt die PDS, wenn alle zi-

vilen Mittel ausgeschöpft sind, so die wieselartige PDS-Formulierung.

Zwar äußert die PDS, sie wende sich gegen jeden Versuch, mit Mittel der Diktatur Veränderungen herbeizuführen, doch erneut lobt sie die angeblich „antifaschistisch-demokratischen Veränderungen“ in der Sowjetischen Besatzungszone, kritisiert lediglich den Stalinismus, ohne den Kommunismus als solchen zu verurteilen, den sie immer noch apologetisch Sozialismus nennt. Weiterhin versucht die PDS, die Gründung der Bundesrepublik zu verunglimpfen, die durch die „Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert“ sei. Lob findet die PDS hingegen für die angeblich zahlreichen Errungenschaften der DDR. Dazu zählt sie die Vollbeschäftigung, ohne das weitgehende Fehlen wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze zu erwähnen. Nach wie vor plädiert die PDS für die „umfassende Umgestaltung der Eigentums- und Machtverhältnisse“. Allerdings will sie kleine und mittlere Unternehmen fördern; damit zielt sie vor allem auf viele ehemalige Stasi-Spitzel, die nach dem Ende der DDR nur schwerlich im öffentlichen Dienst landen konnten und deshalb beinahe gezwungen waren, sich selbstständig zu machen, etwa als Gastwirt – Zuhören hatten sie ja gelernt.

Ohnehin finden sich im neuen Programm viele weitere Folterwerkzeuge gegen Unternehmer. Die PDS fordert, die übliche Wochenarbeitszeit auf dreißig Stunden zu verkürzen, bei vollem Lohnausgleich; sie will die Mitbestimmung ausweiten ebenso wie die Umverteilung zulasten der Leistungsträger; am Flächentarif will sie festhalten. Ausdrücklich erklärt die PDS: „Die Verringerung der Staatsquote ist ... kein Ziel der PDS.“ Auch das neue PDS-Programm arbeitet – ähnlich wie rechtsextreme Ideologien – mit Sündenböcken und Verschwörungstheorien. Bei der Neo-SED fungiert das

Finanzkapital weiterhin als „geheime und anonyme, hinter den Entscheidungen/Politikern stehende Macht“ (Viola Neu). Im Kontrast zum Geist des Grundgesetzes gibt die PDS auch in ihrem neuen Programm dem Kollektiv einen prinzipiellen Vorrang vor dem Individuum. Eine für Extremisten und Diktaturen typische Prioritätensetzung – unter Hitler hieß es bekanntermaßen: „Du bist nichts, Dein Volk ist alles.“

Um die alte SED- und Stasi-Klientel sowie ihre Sympathisanten zu bedienen, schreibt die PDS: „Wir fordern, die immer noch vorhandenen Diskriminierungen im Rentenrecht für Ostdeutsche endgültig zu beseitigen und erworbene Rentenansprüche vollständig anzuerkennen.“ Im Kontrast dazu liegt die Durchschnittsrente im Osten höher als im Westen (781 Euro gegenüber 670 Euro) – vor allem deshalb, weil mehr Frauen im Osten als im Westen lange Beitragszeiten vorweisen können. Wegen der üblichen Frauenerwerbstätigkeit verfügen mehr ost- als westdeutsche Rentnerhepaare heute über doppelte Renten.

Auch in ihrem neuen Programm be ruft sich die PDS auf die Demokratiefeindin Rosa Luxemburg und billigt „zivilen Ungehorsam“. Wie früher fordert die PDS weit reichende Möglichkeiten zur Abtreibung. Sie nennt Tötungen ungebo renen Lebens „selbstbestimmte Schwangerschaft“. Das neue Programm soll vor allem die PDS-Inhalte verschleiern, die Partei weiter aus dem „Visier“ der Verfassungsschutzämter rücken und den Eintritt der Neo-SED in weitere Regierungen fördern. Wer die PDS mit ihrem neuen Programm für geläutert hält, kann keinen Küchenhocker vom Kirchturm unterscheiden.

Mythos „Widerstand und Ministeramt“

In der politischen Praxis führen die Regierungsbeteiligungen der PDS zu einer

ambivalenten, aber per saldo für die Neo-SED nützlichen Wirkung. Einerseits kann die PDS als Regierungspartei mehr öffentliche Aufmerksamkeit erringen und auch stärker die Interessen ihrer Klientel, ihrer potenziellen Wähler bedienen. Andererseits muss die PDS als Regierungspartei zuweilen unpopuläre Maßnahmen mittragen, zumal in Zeiten knapper öffentlicher Kassen, wenn es gilt, Herden heiliger Kühe zu schlachten – in Berlin beteiligt sich die PDS derzeit sogar an der Privatisierung einer Bank.

Allerdings versteht es die PDS, sich gleichzeitig als Regierungs- und Oppositionspartei zu präsentieren – nach dem Motto: Erst im Kabinett Entschlüsse gemeinsam fassen, dann draußen auf der Straße dagegen protestieren. Deshalb ist es schwierig, die PDS zu „entzaubern“. „Widerstand und Ministeramt“ heißen, so Gabi Zimmer, die Ziele der PDS.

Bei der letzten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt verloren zwar sowohl SPD als auch PDS Stimmen. Aber wegen der stark zurückgegangenen Wahlbeteiligung verbuchte die PDS im klaren Unterschied zur SPD leichte Prozentgewinne (plus 0,8 Prozent-Punkte). Der PDS war es im Wahlkampf besser gelungen, sich sowohl von der eigenen Politik zu distanzieren als vom eigenen Partner. Höhere Stimmenverluste als 2001 in Sachsen-Anhalt erlitt die PDS bei der Landtagswahl 2002 in Mecklenburg-Vorpommern. Erstmals seit 1990 verlor die PDS damals bei einer Landtagswahl auch prozentual. In Mecklenburg-Vorpommern belasteten eigene Affären die PDS. Festlegen lassen hatte sie sich zudem erneut auf eine terminliche Zusammenlegung der Landtagswahl mit

der Bundestagswahl; auch mit dem zuweilen zutreffenden Argument, durch die Zusammenlegung der Wahltermine ließe sich die Wahlbeteiligung erhöhen – diesmal sank sie. Vor allem die SPD profitierte von den zusammengelegten Wahlterminen, von der stärkeren Konzentration der Medienberichterstattung auf Kanzler und Kanzlerpartei. Der Spagat zwischen Regierung und Fundamentalopposition schmerzt viele PDS-Funktionäre mittlerweile sehr. Abzuwarten bleibt, wie lange die beiden SPDS-Koalitionen halten.

Die PDS profitiert schließlich von einer verbreiteten Weigerung, die historische und politische Wirklichkeit wahrzunehmen. So finden sich in Deutschland inzwischen Jugendliche und sogar Erwachsene, die munter-naiv-provokant T-Shirts mit der Aufschrift „DDR“ oder „Stasi“ tragen. Bemerkenswert auch die große Resonanz, die einseitige DDR-Shows im Fernsehen erringen; Sendungen, in denen ehemalige Reisekader den Ton angeben und als „die“ legitimen Repräsentanten des Ostens auftreten. Als „der“ Vertreter der Ex-DDR präsentiert sich vor allem Gregor Gysi. Über sein Leben nach seinem Rücktritt vom Amt als Berliner Wirtschaftssenator erklärt er: „Die wahren Privilegien habe ich behalten: Ich kenne viele Leute, habe Zugang zu den Medien. Ich bekomme immer einen Tisch im Restaurant, immer Tickets.“ Jüngst befand Gysi, er halte die Wiedervereinigung erst dann für gelungen, wenn die PDS in Ost und West ähnlich stark sei – oder, so ließe sich ihm entgegenhalten, wenn seine Partei in Ost und West ähnlich schwach ist.

**Die nächste Ausgabe der Politischen Meinung
beschäftigt sich mit dem Thema Kirche und Staat.
(Juni 2004)**